

A-1-B Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues Morgen!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 31.10.2020
Tagesordnungspunkt: A Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues Morgen

Antragstext

1 Soziale Spaltung, Klimakrise, massenhaftes Artensterben, Krise unseres
2 Gesundheitssystems und eine drohende Wirtschaftskrise: Wir befinden uns in einer
3 Zeit der Krisen, was nicht erst durch die Corona-Pandemie gesellschaftlich
4 sichtbar und spürbarer wird. Marode Gesundheitssysteme, steigende Armut und
5 keine Aussicht auf Verbesserung: Die gesellschaftlichen Konsequenzen von
6 Marktlogik und Zwang zur Profitmaximierung zeigen sich so deutlich wie seit
7 Jahrzehnten nicht mehr. Und diese Krisenhaftigkeit ist kein Zufall: Krisen
8 wohnen unserem System inne und sind ein Wesensmerkmal des Kapitalismus. Die
9 Schere zwischen Arm und Reich klafft auseinander. Während man auf schnellstem
10 Weg großen Konzernen Rettungspakete schnüren konnte, blieben die Ärmsten der
11 Gesellschaft außen vor. Wer vorher schon im Niedriglohnsektor gesteckt hat,
12 rutscht spätestens mit dem Kurzarbeitergeld in Armut. Armut ist mehr als das
13 Unvermögen einzelner, sie ist systemisch: Eine Wirtschaft, die sich an
14 Profitmaximierung orientiert, missachtet unter diesem Anspruch systematisch die
15 Befriedigung selbst der grundlegendsten menschlichen Bedürfnisse. Wenn schlechte
16 Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne gut für die Wirtschaft sind, dann wird
17 klar: Dass es uns gut geht, solange es der Wirtschaft gut geht, ist nicht mehr
18 als eine Ausrede, um Profitinteressen zu verschleiern.

19 Arbeit strukturiert Gesellschaft - doch wie sie die Gesellschaft strukturiert,
20 ist zutiefst ungerecht. Während wenige davon leben können, dass andere für sie
21 arbeiten, müssen viele gegen Lohn arbeiten gehen, der ihnen im schlimmsten Fall
22 nicht mal zu einem Leben in Würde reicht oder werden gleich durch Hartz IV in
23 Armut gedrängt. Am härtesten trifft es die, die noch nie eine Lobby hatten,
24 beispielweise weil sie schon seit mehreren Generationen in Hartz IV leben oder
25 für ein Taschengeld weit unter dem Mindestlohn in einer Werkstatt für behinderte
26 Menschen arbeiten müssen. Diese Verhältnisse sind nicht durch Zufall so
27 entstanden. Die knapp 1,5 Millionen deutschen Millionär*innen haben nicht
28 einfach ein bisschen härter gearbeitet oder irgendwie Glück gehabt. Kapitalismus
29 baut darauf auf, dass es Menschen gibt, die besitzen, und andere, die dafür
30 arbeiten müssen.

31 Und auch die Klimakrise ist nicht nur das Ergebnis einzelner schlechter
32 Entscheidungen oder die Konsequenz unbekannter Fakten. Sie hat ihren Ursprung in
33 einem System, das auf Ungerechtigkeit basiert und das Mensch und Natur
34 ausbeutet. So sind auch die Folgen der Klimakrise zutiefst ungerecht verteilt
35 und diejenigen, die am wenigsten für die Klimakrise verantwortlich sind, sind am
36 härtesten von ihr betroffen. Doch Lösungen für die Eindämmung der Klimakrise
37 kratzen immer noch nur an der Oberfläche, statt ihre Ursachen an der Wurzel zu
38 packen. Diese Krisen lassen Risse im Status Quo entstehen. An ihnen wird klar:
39 was wir brauchen, sind grundlegend neue Maßstäbe und Regeln, nach denen unsere
40 Gesellschaft organisiert ist. Wir wollen mit systemischen Lösungen an diesen
41 Krisen ansetzen, um den Politikwechsel zu schaffen.

42 **Das Gute Leben für alle!**

43 Wir kämpfen für ein System, das sich nicht länger daran orientiert, wo der
44 meiste Profit generiert werden kann, sondern daran, welche Bedürfnisse eine
45 Gesellschaft hat. Um bedürfnisorientiert zu Wirtschaften müssen wir uns deswegen
46 von Profit- und Wachstumszwängen lösen. Was wir dafür brauchen, ist ein
47 radikaler Wandel der Art und Weise, wie unsere Gesellschaft und unsere
48 Wirtschaft organisiert sind. Wir müssen Bereiche der demokratischen Kontrolle
49 zuführen und dafür dem Markt entziehen. Grundrechte wie Mobilität, Gesundheit
50 oder Wohnen oder unsere Energieversorgung sind Bereiche, in denen wir uns nicht
51 länger leisten können, dass Gewinninteressen von wenigen über den Bedürfnissen
52 von vielen stehen. Nicht Konzerne, sondern wir als Gesellschaft, müssen darüber
53 entscheiden, was und zu welchen Bedingungen produziert wird. Nur so können wir
54 die Herausforderungen unserer Zeit wie soziale und wirtschaftliche
55 Ungerechtigkeit und ökologische Krisen angehen. Unsere Vision ist eine Welt, in
56 der niemand in Armut leben muss, in der niemand ausgebeutet wird und in der der
57 Wert eines Menschen nicht an seiner wirtschaftlichen Verwertbarkeit festgemacht
58 wird. Ein System, in der durch radikale Klimapolitik das 1,5-Grad-Ziel noch
59 eingehalten werden kann und in der gesellschaftliche Arbeit gerecht verteilt
60 wird, ist möglich. Was wir dafür brauchen, ist eine Demokratisierung unserer
61 Wirtschaft und unserer Gesellschaft, die allen Menschen Mitbestimmung ermöglicht
62 und eine radikale Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

63 Das derzeitige System kann nur fortbestehen, wenn es Ressourcen gibt, die
64 ausgebeutet werden können und Auslagerung möglich ist. Grundvoraussetzung für
65 das Entstehen des Kapitalismus war die rassistisch legitimierte, gewaltvolle
66 Aneignung von Ressourcen und die Versklavung von Menschen in Zeiten des
67 Kolonialismus. Ausgrenzung und Ungerechtigkeit ermöglichen auch heute, dass das
68 System erhalten bleibt. Deswegen ist es wichtig, unsere Kämpfe global zu denken
69 und sowohl bei der Bekämpfung der Klimakrise als auch in Arbeitskämpfen
70 diejenigen nicht zu vergessen, die von der Externalisierung am stärksten
71 betroffen sind: Die Ausbeutung von Lohnabhängigen und von Natur im Globalen
72 Süden muss endlich beendet werden. Weltweit leiden Menschen unter der

73 Unterdrückung im Kapitalismus und wir alle wissen: Die Klimakrise wird nicht
74 mehr lange einzudämmen sein. Ein Leben in Freiheit und Würde für alle Menschen
75 weltweit ist letztendlich nur möglich, wenn wir den Kapitalismus überwinden.

76 **Schritte des Aufbruchs**

77 Arbeitskämpfe sind zentral für die Ausgestaltung unseres Zusammenlebens. Gerade
78 entscheiden nur wenige Menschen darüber, wie unsere Arbeit organisiert ist. Das
79 wollen wir nicht länger hinnehmen: Zeit, Arbeit zu demokratisieren! Deswegen
80 fordern wir eine *Arbeitszeitverkürzung auf 20 Stunden bei vollem Lohnausgleich!*
81 So realisieren wir eine stärkere Beteiligung der Arbeiter*innen am
82 erwirtschafteten Profit und machen gleichzeitig den Weg frei für ein neues
83 Verhältnis zu Arbeit: Wir schaffen Zeit für Engagement, Bildung, Beziehungen und
84 für einen selbst.

85 **Arbeitszeitverkürzung ist feministisch!**

86 Aktuell arbeiten in Deutschland ca. 47% aller Frauen und nur 15% aller Männer in
87 Teilzeit. Das liegt auch daran, dass der größte Teil der unbezahlten Sorgearbeit
88 aktuell von Frauen geleistet wird. Zu dieser Arbeit gehören unter anderem
89 Kinderbetreuung, Hausarbeit oder Pflege von Angehörigen. Wenn diese Tätigkeiten
90 nicht mit einem Vollzeitjob vereinbar sind, sind es folglich in erster Linie
91 Frauen, die für diese Tätigkeiten ihre Arbeitszeit reduzieren. Wir wollen durch
92 die Arbeitszeitverkürzung eine gerechtere Verteilung von Care-Arbeit schaffen.

93 Doch das allein wird nicht reichen. Solange einige wenige darüber entscheiden,
94 was produziert wird, welches Bedürfnis befriedigt, welches neu geschaffen und
95 welches vernachlässigt wird, solange wird Arbeit nicht dem Wohle der
96 Gesellschaft dienen. Arbeit zu demokratisieren heißt auch, dass wir entscheiden
97 wollen, für was wir arbeiten und was wir produzieren. Demokratische Strukturen
98 müssen in der Wirtschaft eine zentrale Rolle spielen, die "unsichtbare Hand des
99 Marktes" ist nicht nur undemokratisch, sie löst unsere Krisen nicht, sondern
100 löst sie aus. Unternehmen müssen für die Menschen da sein und sollten
101 dementsprechend auch von ihnen gestaltet werden. Wir fordern als ersten Schritt
102 *mindestens 50 Prozent der Plätze in Aufsichtsräten und Vorständen von*
103 *Unternehmen durch Arbeiter*innen zu besetzen.* Langfristig ist unser Ziel, dass
104 keine Profite mehr auf Kosten der Arbeiter*innen und der Gesellschaft gemacht
105 werden können.

106 Wir wollen eine Wirtschaft, in welcher soziale, ökologische, demokratische und
107 inklusive Maßstäbe das Handeln der wirtschaftlichen Akteure bestimmen. Ein
108 Schritt um diese Vision zu ermöglichen ist ein politischer Rahmen, der diese
109 fördert. Kein Unternehmen soll sich zwischen guten Löhnen und Umweltschutz
110 entscheiden müssen. Unternehmen die nach diesen Maßstäben handeln, sollten

111 Vorteile im Bezug auf Steuern und Zölle sowie bei der Vergabe von öffentlichen
112 Aufträgen und Krediten zugestanden werden, während Unternehmen, welche
113 abweichend dieser Maßstäbe handeln, durch dieses Anreizsystem in eine andere
114 Richtung gelenkt werden sollen.

115 **Unternehmen gehören in die Hände derer, die in ihnen**
116 **arbeiten.**

117 Wer etwas in unserer Gesellschaft grundlegend verändern will, muss
118 gesellschaftlichen Reichtum gerecht verteilen. Dafür braucht es eine starke
119 Gesellschaft, die solidarisch zusammenhält und einen Staat, der einen massiven
120 Umbau des Steuersystems in Angriff nimmt. Unser Augenmerk muss auf der
121 Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums liegen. Neben einer progressiven
122 Vermögenssteuer, sowie einer progressiven Finanztransaktionssteuer ist auch eine
123 Reform der Erbschaftssteuer von Nöten. Wir stehen für eine gestaffelte und
124 deutlich verschärfte Erbschaftssteuer, die auf dem familiären Verhältnis und dem
125 bisherigen Reichtum der Erb*innen basiert. Ab einer Millionen Euro kann eine
126 Erbschaftssteuer von bis zu 100% erhoben werden. Unternehmen oder
127 Unternehmensanteile, die unter diesen Bedingungen nicht vererbt werden können,
128 werden in die Hände der Allgemeinheit oder der Belegschaft übergeben. Damit
129 legen wir den Grundstein für eine wahrhaft soziale Daseinsfürsorge für alle und
130 verhindern die überproportionale Machtausübung durch wenige reiche Individuen.

131 Es ist ökologisch und ökonomisch gefährlich, dass die Bundesregierung auf der
132 Investitionsbremse steht und am Dogma der schwarzen Null festhält. So wird seit
133 Jahren eine staatliche Daseinsvorsorge verhindert, Schulen, Bibliotheken und
134 Schwimmbäder werden kaputtgespart. Wir setzen uns für ein *Investitionspaket* ein,
135 das die sozial-ökologischen Krisen ernst nimmt und aktiv dagegen ansteuert. Um
136 gut gegen die Wirtschaftskrise gewappnet zu sein, die die Coronakrise mit sich
137 bringt, brauchen wir jetzt Investitionen in unseren *Bahnverkehr*, den
138 *öffentlichen Nahverkehr* und eine *Grundsicherung, die armutsfest ist*. Ebenfalls
139 brauchen wir eine Offensive in der finanziellen Unterstützung der jungen
140 Menschen: *Bafög endlich für alle Studierenden öffnen* und die
141 *Ausbildungsvergütung besonders in Zeiten der Krise zu 100% weiterführen*. Schulen
142 müssen Orte des Lernens für alle sein. *Deshalb müssen sie so ausgestattet*
143 *werden, dass an ihnen vollkommen unabhängig vom Geldbeutel gelernt werden kann*.
144 Nur so schaffen wir eine wirklich solidarische Gemeinschaft.

145 Sozialer Umbau und eine Wirtschaft, die Menschen dient, endet nicht an Grenzen.
146 Die Austeritätspolitik besonders im europäischen Süden hat fehlende
147 Gesundheitsinfrastruktur, Jugendarbeitslosigkeit und existentielle Armut mit
148 sich gebracht. Die Folgen können wir während der Coronakrise beobachten, die in
149 Ländern wie Italien und Spanien nicht zufällig besonders hohe Opferzahlen
150 gefordert hat. Damit muss Schluss sein! Ein wirklich demokratisches und soziales
151 System fußt niemals auf dem Leid Anderer.

152

Deshalb fordern wir eine schnelle und umfassende Abkehr vom Sparkurs der EU.

153 Den wahren Preis unseres Wirtschaftens auf dem Markt zahlen andere.
154 Umweltverschmutzung und die Zerstörung von Ökosystemen, aber auch schwere
155 Arbeitsrechtsverletzungen und globale Krisen wie die Klimakrise und massenhaftes
156 Artensterben, treffen den globalen Süden am schwersten. Als ersten Schritt gegen
157 die globale Ausbeutung von Mensch und Natur *fordern wir ein konsequentes*
158 *Lieferkettengesetz für die Europäische Union*. Zudem muss ein politischer Rahmen
159 geschaffen werden, in dem Firmen Verantwortung, beispielsweise für soziale
160 Gerechtigkeit und Klimaschutz, übernehmen müssen. Unser Ziel aber muss eine
161 globale Wirtschaft sein, in der Ausbeutung und Klimazerstörung der Vergangenheit
162 angehören!

163 **Gemeinsam in ein neues Morgen**

164 In den letzten Jahrzehnten war die politische Debatte geprägt von Systemerhalt
165 und Stillstand. Systemkritik wurde und wird teilweise immer noch als Tabu
166 behandelt. Wer dafür einstand, für eine andere Art des Wirtschaftens zu kämpfen,
167 wurde als Antidemokrat*in bezeichnet und an den Verfassungsschutz verwiesen. Die
168 Gleichsetzung von profitmaximierender Wirtschaftsweise und Demokratie dient so
169 schon lange dazu, Debatten rund um die kapitalistische Gesellschaftsordnung und
170 Systemfragen zu verhindern und sorgt dafür, dass der gesellschaftliche Diskurs
171 entpolitisiert wird. Während die Gesellschaft immer liberaler wurde, wurden
172 trotzdem Kämpfe für eine gerechtere Gesellschaft, insbesondere auch im globalen
173 Kontext, eine gleichere Verteilung des Reichtums sowie für bessere
174 Arbeitsverhältnisse in vielen Bereichen immer wieder verloren. Dabei ist es
175 genau das Gegenteil: Es ist nicht demokratisch, dass uns als Gesellschaft ein
176 Zugriff auf die grundlegendsten Bereiche unseres Zusammenlebens verwehrt bleibt:
177 Produktions-, Wirtschafts- und Arbeitsverhältnisse. Doch immer mehr Menschen
178 begehren auf und wollen nicht weiter hinnehmen, dass eine Politik gemacht wird,
179 die den Interessen der Vielen entgegensteht. In den letzten Jahren haben wir
180 erlebt, wie sich breite gesellschaftliche Bündnisse bildeten, die auf der Straße
181 gegen den Status Quo mobilisierten, sei es Fridays for Future, die Seebrücke
182 oder Unteilbar.

183 Corona hat viele vermeintliche Selbstverständlichkeiten in Frage gestellt. Wir
184 haben gesehen, wie krisenhaft unsere Gesellschaft ist. Wir haben gesehen, wie
185 die Schwarze Null gefallen ist und wir haben gesehen, dass Politik
186 handlungsfähig sein kann. Schon lange haben wir nicht mehr so grundsätzlich
187 darüber diskutiert, wie wir zusammenleben wollen, wie im letzten Jahr. Als GRÜNE
188 JUGEND glauben wir, dass eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse nicht
189 nur möglich, sondern auch absolut notwendig ist. Deswegen verfolgen wir eine
190 politische Praxis, die sowohl auf konkrete Verbesserung im Hier und Jetzt zielt
191 und gleichzeitig einen Weg in eine Zukunft jenseits des Kapitalismus aufzeigt.

192 Wir erteilen jenen, die versuchen, den Status Quo zum Naturgesetz zu erklären,
193 eine Absage und kämpfen für eine Welt, die sich an den Bedürfnissen der Vielen
194 orientiert, statt an den Profiten Einzelner. Es kommt jetzt darauf an: Um für
195 den Politikwechsel zu kämpfen, braucht es ein neues gesellschaftliches Bündnis
196 und eine Organisation linker und progressiver Kräfte. Der GRÜNEN JUGEND kommt
197 dabei eine wichtige Rolle zu. Als linker und progressiver Richtungsverband
198 arbeiten wir im nächsten Jahr gemeinsam mit vielen anderen Akteur*innen daran,
199 eine Gegenerzählung zu entwickeln. Der Kampf um das gute Leben ist noch lange
200 nicht verloren. Er geht gerade erst los.